

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riefa.  
Formul Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Direktions Nr. 52.

Nr. 29.

Donnerstag, 4. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Vorkasse. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neffamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Auftrag durch Abbruch oder durch sonstige eingetragene Veränderungen in Kontinuität in Riefa, Riefa oder im Umland unterbleibt. Abdruck von Zeitungsartikeln ist ohne besondere Genehmigung der Redaktion nicht gestattet. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Meldungen liegt bei den Verfasser. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen.

## Deutsche Aufgabe im Völkerbund.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Wenn das Gezügel über den Termin von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verknüpft sein wird, wird der den Parteien langsam die Erkenntnis aufkommen, daß es eigentlich wichtigere Dinge zu besprechen gibt, nachdem der Eintritt an sich beschlossene Sache des Reichskabinetts war. Die anderen Staaten haben mit erstaunlicher Schnelligkeit und Sicherheit festgestellt, daß nur das Nachsehen der Parteien in Deutschland genüge, um alles Mögliche in Vergessenheit geraten zu lassen. So ist es auch jetzt wieder bei der Völkerbundsfrage. Die Nebenfälle werden in den Vordergrund gehoben und man zerbricht sich die Köpfe, wer wohl Vertreter Deutschlands sein werde, ob ein Nationalist, ein Demokrat, ein Sozialist oder gar ein Sozialist. Es darf und kann bei der deutschen Vertretung einzig und allein darauf ankommen, daß eine Persönlichkeit mit diesem Amte betraut wird, die deutsche Interessen nicht einseitig wahrnimmt und über genügendes diplomatisches Können verfügt, um das Genfer Intrigenpiel zu durchschauen und geschickt zu durchkreuzen.

In denjenigen Kreisen, die eine partielle Einstellung zum Völkerbundsgedanken in feiner Weise verstehen, gehören in erster Linie die deutschen Minderheiten, die in aller Herren Länder verstreut, unter Einsetzung aller Kraft für die Erhaltung ihres Deutschtums kämpfen. Hier gelten nicht die schroffen Parteigegensätze, wie in Deutschland, hier gilt vor allem der Glaube und das Bekenntnis zum Deutschtum. Ein Land ist es besonders, das den Augenblick herbeiseht, da Deutschland Völkerbundsmitglied wird: das ist das Saargebiet. Seit es vom Deutschen Reich getrennt ist, untersteht seine Verwaltung dem Völkerbund. Delegationen konnten die Beschlüsse der Saarbewölkerung vorbringen. Aber es heißt sich bald heraus, daß die Volksmeinung in feiner Weise gebührend vertreten war, da die Regierungskommission unter Führung des Franzosen Raoult die Beschlüsse zu geschickt umzubiegen und abzuwenden verstand, daß lange Zeit der Völkerbund keine Veranlassung sah, im Saargebiet nach dem Rechten zu sehen. Erst im Spätsommer vorigen Jahres entschloß man sich, von englischen Delegationen das Saargebiet besuchen zu lassen, um an Ort und Stelle die Beschlüsse der Bevölkerung nachsprachen. Die Schäden konnten so offensichtlich festgestellt werden, daß die Völkerbundsstaaten, besonders Frankreich und England, in Verhandlungen über die Wiedervereinigung des Saargebietes eintraten. Es steht jetzt fest, daß Raoult, der seine Hauptaufgabe darin sah, die Geschäfte Frankreichs im Saargebiet zu besorgen, als Präsident der Regierungskommission nicht auf seinen Posten zurückkehrte, und daß in wenigen Wochen wahrscheinlich ein Engländer als sein Nachfolger bestimmt sein wird.

Die Saarbewölkerung würde es begrüßen, wenn durch den Eintritt Deutschlands gerade in dieser Frage von Seiten der deutschen Regierung ein Einfluß im Völkerbundsrat ausgeübt werden könnte. Es ist dem Lande daran gelegen, daß die Verhandlungen, die man von Genf aus gemacht hat, auch gehalten und durchgeführt werden. Daß also die Regierungskommission in der Behandlung aller Vorfälle eine gerechte und neutrale Haltung einnimmt und nicht verjagt, die Bevölkerung dauernd in antideutschem Sinne zu beeinflussen.

Die deutschen Minderheiten, die im Herbst zu einer gemeinsamen Tagung in der Schweiz zusammengekommen waren, hoffen ebenfalls, daß es der deutschen Regierung auf Grund eines Ratsschlusses gelingen müsse, auf die Wiedervereinigung in den anderen Ländern Einfluß zu bekommen und für ein extrajudizielles Verbot der Deutschen im Auslande Sorge zu tragen. Der Aufgabenteil, vor dem der deutsche Vertreter in Genf gestellt wird, ist also groß und vielseitig. Es wird daher Arbeit bedürfen, um nur einen Teil befriedigend zu lösen. Die deutsche Regierung hat wiederholt, zuletzt in der Regierungserklärung, ihren Willen zur Völkerbundsmitgliedschaft bekundet, aber sie wird ihre Aufgabe nach der Vereinfachung der schwedischen außenpolitischen Fragen hinsichtlich der Auswirkung der Völkerbundsmitgliedschaft nur dann durchführen können, wenn sie bei den Parteien und in allen Volksteilen die nötige Unterstützung findet. Weder ein übertriebener Nationalismus noch ein überspannter Rationalismus werden die Aufgabe der Regierung und die Wege zur Verständigung der Völker ebenen helfen, sondern einzig die Kreise, die dem Auslande gegenüber wachsam und sachlich eingestellt und zur positiven Arbeit bereit sind.

## Ministerbesprechung in Berlin.

(Berlin. Nachdem der Auswärtige Ausschuss des Reichstages mit überwiegender Mehrheit beschlossen hat, keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Gebrauch macht, hat die Reichsregierung die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Sonnabend vormittags zu einer Aussprache über das gleiche Thema nach Berlin einladen.

Die Entscheidung der Reichsregierung über das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund wird, wie wir erfahren, in einer am Montag nächster Woche stattfindenden Sitzung erfolgen.

Eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates. (Genf. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur dürfte der Völkerbundsrat, falls das Aufnahmengesuch Deutschlands Anfang nächster Woche gestellt werden wird, noch in der nächsten Woche eine kurze Tagung abhalten, in welcher der Zeitpunkt der außerordentlichen Völkerbundsversammlung festgelegt werden würde, die über das Aufnahmengesuch Deutschlands zu entscheiden hätte. Diese Versammlung dürfte in der Zeit zwischen dem 8. u. 10. März stattfinden, also gleichzeitig mit der am 8. März beginnenden Frühjahrssession des Rates.

Deutschlands Aufnahmengesuch an den Völkerbund. (Berlin. Nach Informationen der Vossischen Zeitung hat sich in der gestrigen Ausschusssitzung Reichsanwaltschaft Dr. Stresemann dahin ausgesprochen, daß das rechtzeitig eingehende Gesuch Deutschlands vom Völkerbundsrat so schnell erledigt werden würde, daß bereits im März die außerordentliche Tagung der Völkerbundsversammlung zusammenberufen und die Aufnahme Deutschlands beschließen werde. Es liege dringend im deutschen Interesse, die Aufnahme in den Völkerbund schon für den März zu betreiben, weil bereits in den nächsten Tagungen des Rates Gegenstände auf der Tagesordnung stehen, die es nötig erscheinen lassen, daß Deutschland mit am Tisch sitzt.

## Was wird in Sachjen?

(Von Dr. Theodor Grumbt (Dresden).)

Der Abschluß des Landesparteitages der Sachsischen Sozialdemokratie hat die Frage von der Unauflösbarkeit des gegenwärtigen Landtages vor Ablauf der Legislaturperiode und von der Unmöglichkeit eines überraschenden Rücktritts der Regierung wieder in den Vordergrund gerückt. Wenn während der bisherigen Auseinandersetzung der Anzeichen der radikalen Linken auf den Bestand der Koalition und ihre Regierungsvertreter fast ausschließlich die prozentual größere Wahrscheinlichkeit hingewiesen für das Behalten des bestehenden Regimes sprach, so hat der geringe Erfolg der Reichmann-Gruppe, auf dem Wege der Erregung innerer Koalitionswirbeln aber angeblich notwendige Erweiterungen des Kabinetts zu sprengen, oder bei der Abtötung über diesbezügliche Anträge in die Minderheit zu setzen, die nächsten Inkonsequenzen der Regierung desto doch etwas getrieben. Zwar wird man den forcierten Optimismus der sozialdemokratischen Presse, die so tut, als ob sie den vollen Erfolg ihrer geplanten „sozialen Aktion“ im Landtage bereits in der Tasche hätte, und die mit der Realität einer besonderen Diktatur wenigstens einiger Mitglieder ihrer Fraktionsmehrheit gar nicht zu rechnen scheint, längst nicht im vollen Umfange ihr berechtigt anzusehen brauchen. Es wäre doch vielleicht denkbar, daß sich zur Überwindung der sozialistischen Parteileitung die den bürgerlichen Fraktionen für die Majorisierung der sozialistisch-kommunistischen Anträge fehlenden drei Stimmen in den Reihen der gemäßigten Gewissen fänden. Die umindeten drei brauchen ja nicht einmal offen gegen den beschleunigten Vorstoß Harze zu bekennen, sondern nur aus irgendwelchen Krankheitsgründen der Abstinenz fern zu bleiben. Dann wäre unter normalen Voraussetzungen der verheißene Angriff der vereinigten Linken auf Koalition und Landtag erzielbar. Die Deutschnationalen haben zwar verkünden lassen, daß sie vor Beendigung der Erweiterungen die praktische Verantwortung der Ausführungsfrage für inopportun halten. Diese Stellung verbietet es ihnen aber keineswegs, sich möglicherweise für den einen oder anderen der von den Linken vorgelegten Anträge zu erklären. Es kommt hier ganz auf die Formulierung der Anträge an. Es wäre falsch, diese Eventualität zu unterschätzen. Aber auch dann, wenn nicht mit ihr gerechnet zu werden brauchte, und die radikalen Anträge reiflos abgelehnt würden, bliebe der Linken noch der Weg, ihre Forderungen in irgendwie modifizierter Form als Regierungsanträge einzubringen zu lassen. Sicher würde es sich dann zeigen, ob die Parteireue der sozialistischen Minister ihre Anhänglichkeit zur Koalition überwiegt. Auf alle Fälle aber würde, wenn das erst eintrete, ein schwerer Kabinettskonflikt unvermeidbar sein, der nur mit dem Rücktritt der bürgerlichen Minister enden könnte, zumal diese ihrer sachlichen Standpunkt trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit gegenüber ihren sozialistischen Kollegen gerade diesmal unter keinen Umständen aufzugeben vermögen. Es würde sich dann bitter zeigen, daß die bürgerlichen Koalitionfraktionen jahrelang neben sich vier sozialistische Minister duldeten, obwohl sie im Vergleich zu den 23 Regierungssocialisten eine Majorität von 4 Stimmen besaßen, die sie zum Anspruch auf die Mehrheit der Ministerliste berechtigt hätte.

## Die Eisenbahner-Berühnde im Reichsarbeitsministerium.

(Berlin. Vertreter der drei Eisenbahnerverbände waren gestern im Reichsarbeitsministerium, um sich über die Rechtslage zu unterrichten, die durch die Nachburchführung des verbindlichen Schiedsspruchs seitens der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft entstanden ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers legte dar, daß auf dem Gebiete des Schlichtungsrechts, das für die private Industrie und die gesamte öffentliche Verwaltung gleichermaßen gelte, auch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft keine Sonderstellung beanspruchen könne. Das Bedürfnis, eine gewalttätige Austragung von Streitigkeiten zu vermeiden, sei bei ihr sogar ein erhöhtes im Hinblick auf das große Interesse der Allgemeinheit an einem ungehinderten Fortgang des Eisenbahnbetriebes. Das Reichsbahngesetz habe der

Gesellschaft die besondere Stellung, die sie als Reichsunternehmen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts früher gehabt habe, zwar erhalten, aber ihr keine weitergehenden Privilegien einräumt. Auch die Verweisung auf die Reparationspflichtigkeiten könne zu einer anderen Auslegung der maßgebenden Gesetzesvorschriften nicht führen, da die Reichsbahn-Gesellschaft ja die Möglichkeit habe, bei Nichtabwicklung von Tarifänderungen durch die Reichsregierung das Reichsbahnschiedsgericht anzurufen. Nach der Schlichtungsverordnung stehe ein verbindlicher Tarifschiedspruch einem freier vereinbarten Tarifvertrage rechtlich völlig gleich. Diese Bestimmung greife, mangels abweichender Regelung, auch gegenüber dem Reichsbahn-Gesetz. Sollte man der Reichsbahn-Gesellschaft die einseitige Regelung der Arbeitsbedingungen unbeschränkt anerkennen, so wäre Paragraph 22 Absatz 2 des Reichsbahngesetzes überflüssig, nach dem die Reichsbahn-Gesellschaft die Arbeitszeit der Beamten auf ihre Arbeiter und Angestellten übertragen könne. Das Reichsbahnschiedsgericht sei zu einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitsklärung nicht zuständig, da diese nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Instanz des Schlichtungsverfahrens ausgesprochen werde und daher ein Streit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft gar nicht vorliege. Die Rechtslage sei nach Verbindlichkeitsklärung des Schiedsvertrags für die Eisenbahner und ihre Verbände keine andere als gegenüber jedem privaten Arbeitgeber, wobei sie also ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen könnten.

Die Vertreter der Gewerkschaften stellten fest, daß sich diese Ausführungen mit ihren eigenen Anschauungen durchaus deckten und wiesen darauf hin, daß der Reichsbahn-Gesellschaft durch die Durchführung des Schiedsvertrags nur eine Belastung von 11,8 Millionen Mark im Jahre erwüchse, was bei der Höhe ihres Gehaltsüberschusses überhannt nicht ins Gewicht falle.

## Staatsstreichversuch in Portugal.

(Paris. Davaß meldet aus Lissabon: Dienstag abend wurde ein Staatsstreich versucht. Die Aufständischen haben sich, nachdem ihnen mit Bombardement und Belagerung gedroht worden war, bedingungslos ergeben.

Über die Aufstandsbewegung in Portugal gehen der Agentur Davaß mit Verpönung, die offenbar durch die Journalisten entstanden ist, noch folgende Nachrichten zu: Eine erste aus Lissabon vom 2. Februar datierte Depesche besagt: Die Regierung ist Herr der Lage. Ein Staatsstreichversuch radikaler Elemente ist gescheitert. Ein Heberdahl auf die Kaserne der republikanischen Garde im Stadtviertel Campolido ist abgeschlagen worden. Zwei Offiziere und einige Zivilpersonen sind verhaftet worden.

Eine weitere Havasdepesche aus Lissabon, ebenfalls vom 2. Februar abends 7,55 Uhr besagt: Bei Andruh der Nacht hatte sich eine kleine ausländische Abteilung mit 8 Kanonen unter Führung von Zivilpersonen und Offizieren der Schießschule Banbas Novaß bei Almada auf dem linken Tago-Fluss angelagert.

Eine Havasmeldung von gestern vormittag 10,05 Uhr teilt folgende Einzelheiten mit: Der Präsident der Republik, der auf einer Reise nach Nordportugal begriffen war, ist gestern abend 9 Uhr mit Sonderzug nach Lissabon zurückgekehrt und hat mit den Mitgliedern der Regierung in der Kaserne Carmo konferiert. Die Regierung hat mit treuen Truppen die Aufständischen verfolgt und die Einwohner von Coelhas und Almada davon in Kenntnis gesetzt, daß sie heute vormittag die Stellen der Aufständischen so lange beschließen lassen werde, bis diese in die Flucht geschlagen seien. Die Nacht ist vollkommen ruhig verlaufen. Der Befehlshaber der Aufständischen ist ein ehemaliger Major Jacinto Almeida, der während des Krieges Instruktionsoffizier bei der schweren Artillerie in England war. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Die Regierung ist der Haltung der Truppen und der Marine sicher.

Lissabon. (Zusatz.) Zwei Führer der Aufstandsbewegung befinden sich als Gefangene an Bord eines Kriegsschiffes. In ganz Portugal herrscht vollkommene Ruhe. Der verurteilte Staatsstreich wird in allen Kreisen mißbilligt. Der militärische Leiter der Verschwörung erklärt, die Bewegung habe nur die Bildung einer nationalen Regierung zur Revision der Verfassung bezweckt.

Nach der Chicago Tribune wurde der schnell niedergeschlagene Aufstandversuch in Portugal von dem Oberst Cerveas und einer Gruppe radikaler Angehöriger, in Lissabon herrschte bereits am Mittwoch wieder Ruhe. Während des Aufstandes wurden 20 Personen durch Schüsse verletzt und mehrere Häuser durch Granaten der Aufständischen beschädigt. Außer Cerveas und den übrigen festgenommenen Führern des Aufstandes sind 120 Gefangene gemacht worden.

## Keine neuen Steuern.

(Berlin. In den letzten Tagen haben im Reichsfinanzministerium über die künftige Lage der Steuerpolitik Verhandlungen stattgefunden, bei denen geprüft werden sollte, ob die Einführung neuer Steuern möglich sei. Wie wir hören, ist die Entscheidung dahin ausgefallen, daß die vom Reichsfinanzminister geplanten Steuerermäßigungen und Erleichterungen nicht durch neue Steuern ersetzt werden sollen, sondern daß man durch Maßnahmen verfahren möge, Ausfälle im Etat wieder auszufüllen.